

... so sieht's die CDH

► **Rotstift-Attacke beim Gründungszuschuss kontraproduktiv**

Arbeitsministerin Ursula von der Leyen plant eine Zusammenstreichung des Gründungszuschusses. Existenzgründer werden voraussichtlich ab dem 1. November 2011 schneller planen und mit weniger Förderung auskommen müssen. So wird die Zeitgrenze der Antragsstellung von 90 auf 150 Tage vor dem Auslaufen des Arbeitslosengeldes I ausgedehnt und der Zeitraum der Zahlung des ALG I von neun auf sechs Monate verkürzt. Hinzu kommt, dass der Anspruch auf Gründungszuschuss zu einer Kann-Bestimmung werden soll – die Bewilligung wird also eine Ermessensentscheidung von Sachbearbeitern, die somit in Zukunft faktisch nach Kassenlage entscheiden können.

Arbeitsministerin Ursula von der Leyen muss sparen. Und da kommt ihr der Gründungszuschuss ganz recht. Schließlich hätten sich viele Arbeitslose auch ohne Zuschuss selbstständig gemacht. Die Argumentation stützt Frau von der Leyen paradoxerweise auf die Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Hier wurde festgestellt, dass ca. 60 bis 70% der Arbeitslosen eine Gründung auch ohne Gründungszuschuss vorgenommen hätten. Allerdings befand der IAB selbst, dass wenig über die Mitnahmeeffekte bekannt wäre und dass selbst wenn es diese Effekte gäbe, die Förderung dennoch eine stabilere Erwerbskarriere bewirke, als dies ohne Zuschuss der Fall gewesen wäre.

Zudem sprach sich das IAB ausdrücklich für die Fortgeltung der bisherigen Gründungsförderung aus – schließlich seien knapp 5 Jahre nach der Gründung immer noch 55 bis 70% der vormals Geförderten selbstständig tätig. Dies entspricht auch den Erfahrungen der CDH. Warum möchte also Frau von der Leyen das nun zurückfahren? Und zu allem Übel auch noch auf Grundlage einer Ermessensentscheidung?

Kritisiert wird von der CDH, dass die Verkürzung der Förderung wegen möglicher Mitnahmeeffekte gerechtfertigt sein soll. Mitnahmeeffekte wird es immer geben - das kann auch ein geringerer Zuschuss nicht verhindern. Jeder Existenzgründer weiß, dass gerade das erste Jahr am schwierigsten ist. Hier zählt jeder geförderte Monat, der die Anlaufphase absichert. Zudem muss die Geschäftsidee die Sachbearbeiter der Agentur für Arbeit wegen der Ermessens-

entscheidung nun selbst überzeugen. Zu befürchten ist außerdem, dass dabei künftig öfters auch nach „Kassenlage“ entschieden werden wird.

Mit einer Verkürzung des Zuschusses und einer Ermessensentscheidung, werden dem Selbständigen in Spe zusätzliche Hürden für die Existenzgründung in den Weg gelegt. Gerade Frauen und Ältere, um deren Chancen es auch heutzutage nicht allzu gut auf dem Arbeitsmarkt bestellt ist, bietet die Selbständigkeit die Gelegenheit, eine neue Karriere zu starten. Gerade diese Personengruppen haben doch Frau von der Leyen bislang immer besonders am Herzen gelegen. Auch ist zu berücksichtigen, dass bei der Gründung geförderter Unternehmen von deren Inhabern in der Regel bereits nach kurzer Zeit selbst weitere sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen werden, die durch eine unterbliebene Gründung gar nicht erst entstehen können.

Die CDH fordert daher die Bundesregierung auf, die geltenden Bestimmungen zum Gründungszuschuss beizubehalten und den Inhalt des Gesetzentwurfes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt in diesen Punkten nochmals zu überdenken.

Berlin, 20. Juni 2011